

# Danziger Volksstimme

Die "Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Ausstellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierjährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spindhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreise: Die 8-seitige Seite 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsschrank u. Wohnungsausgabe nach bel. Zeit, die 3-seitige Nachausgabe 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postabonnement Danzig 2245. Expedition: Am Spindhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 280

Montag, den 7. November 1921

12. Jahrgang

## Der Parteitag der Festigung und des Aufbaus.

### Die Tagung der Sozialdemokratischen Partei des Freistaates.

Auf den Verlauf wie auch auf die von dem außerordentlichen Parteitag geleistete Arbeit können die nunmehr wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrten Delegierten mit Genugtuung und Freude zurückblicken. In einer verhältnismäßig kurzen Tagungszeit hat der Parteitag in eifriger, sachlicher Arbeit die ihm gestellten Aufgaben bewältigt und der Partei, wie wir mit erfreulicher Gewissheit hoffen dürfen, die Bahn zu einer erfolgreichen Aufwärtsentwicklung freigemacht. Der Parteitag gab den besten Beweis dafür, daß die starke Festigung der deutschen Sozialdemokratischen Partei, von der unser alter Genosse Molkenbuhr in seinem trefflichen Bericht über den Görlicher Parteitag berichten konnte, sich auch in der sozialdemokratischen Partei für den Freistaat auswirkt. Konnte bereits der lezte ordentliche Parteitag einen Bericht über die organisatorischen Fortschritte der Partei im letzten Jahre entgegennehmen, so legte dieser außerordentliche Parteitag Zeugnis ab, von der auch in den ländlichen Ortsvereinen zu verzeichnenden geistigen Klarung und Festigung. Dies trat besonders auch bei der durch einen Antrag Neuteich entfesselten Aussprache über die Einigungsfrage in den Vordergrund. Die Stellungnahme, die sowohl von den Arbeitern aus der Stadt wie vom Lande zu dieser Frage eingenommen wurde, ließ die Klarung erkennen, die selbst bis in die Kreise der ländlichen arbeitenden Bevölkerung über die grundsätzlichen Verschiedenheiten der Arbeiterparteien zu verzeichnen ist. Und wenn auch alle Redner ausnahmslos dem Wunsche auf baldige Vereinigung der Arbeiterparteien Ausdruck gaben, so geschah dies stets unter ausdrücklicher Betonung, daß der alte bewährte Kampfmodus der sozialdemokratischen Partei nicht verlassen werden dürfe.

Diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung kam besonders auch in der Stellungnahme des Parteilages zur Programmfrage zum Ausdruck. Einstimmig wurde der eingelobten Programmkommission als Grundlage für den theoretischen Teil des zu schaffenden Programms der Partei für den Freistaat die Einleitung des Görlicher Programms als Unterlage mit auf den Weg zu geben. Der praktische Teil des Programms soll unter Berücksichtigung der besonderen Freistaat-Verhältnisse ebenfalls in Anlehnung an das Görlicher Programm aufgestellt werden. Durch diese Beschlüsse hat der Parteitag zu erkennen gegeben daß auch er, die in dem Besluß von Görlich zum Ausdruck kommende Anpassung des Partei-Programms an die Zeitverhältnisse für notwendig erachtet und, wie es Genosse Dr. Jant in seinem klaren, gut durchdachten, zielweisenden Vortrage treffend ausführte, die geistige Umstellung der Partei von der früheren Agitationspartei zur praktischen Arbeit vornehmen will.

Einen weiteren wichtigen Besluß saßte der Parteitag in der Organisationsfrage. Durch das neue Organisationsstatut, das unter eifriger Mitarbeit der Delegierten zur Verabsiedlung kam, sollen alle Glieder der Partei unter einer einheitlichen Leitung straffer als bisher zusammengefaßt und so die Partiarbeit nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Es bestand wohl auf dem gestrigen Parteitag weder bei den mit der zukünftigen Leitung der Partei beauftragten Genossen wie auch bei den Delegierten aus Stadt und Land keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eifriger als bisher an dem Ausbau der Parteiorganisation und der Ausbreitung der sozialistischen Ziele gearbeitet werden soll. Dazu gehört natürlich, daß das Statut mit dem frischen Geist erfüllt wird, mit dem es geboren wurde.

Der umfassende Bericht, den die Volkstagsfraktion durch den Mund des Genossen Behl erstattet ließ, gab ein aufschlußreiches Bild von den Schwierigkeiten, mit denen die Fraktion im Volkstage kämpfen hat. Die Gründe, die Gen. Behl in seiner Einleitung dafür angab und die in allererster Linie in der schwachen und außerdem noch gespaltenen Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament bestehen, reden eine eindringliche Sprache und weisen die Parteimitglieder immer wieder darauf hin, wo der Hebel anzusehen ist. Durch einen Besluß, die Fraktion zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit den übrigen sozialistischen Fraktionen zu ermächtigen, ist die Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Arbeit der sozialistischen Fraktionen im Volkstage geschaffen, vorausgesetzt, daß die beiden übrigen Fraktionen den Willen zur praktischen parlamentarischen Arbeit für die werktätige Bevölkerung mehr als bisher finden.

So hat der Parteitag auf allen Gebieten die Wege zu einer erproblichen Arbeit für die Partei und somit für die schaffenden Stände geebnet. Schwere Kämpfe stehen der arbeitenden Bevölkerung in diesem Winter bevor. Sie werden nur dann zugunsten der Arbeiterschaft zu Ende geführt werden können, wenn alle Parteimitglieder tatkräftig im Sinne der Beschlüsse des gestrigen Parteitages an die Arbeit gehen, den Ausbau der Partei fördern, neue Mitglieder werben und überall für die Ausbreitung der sozialistischen Idee sorgen. Wir wollen uns die Schlusssätze des neu zum Vorsitzenden gewählten Genossen Brill zu eigen machen, indem wir, wie er den Delegierten, allen Parteimitgliedern zurufen:

Auf zur Offensive!

### Preußens neue Regierung.

Genosse Otto Braun Ministerpräsident.

Der preußische Landtag trat am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr zusammen, vertagte sodann aber die Sitzung auf abends 8 Uhr, in welcher dann die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen wurde. Zwischen den Fraktionen war eine Vereinbarung über die Zusammensetzung des preußischen Kabinetts zustande gekommen und wurde Genosse Otto Braun mit 197 von 338 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die einzelnen Ressorts der Regierung verteilten sich folgendermaßen:

Dr. Wendt (Dem.) Landwirtschaft,  
Severing (Soz.) Inneres,  
Siering (Soz.) Handel,  
Dr. Böltig (Dt. Wp.) Unterricht,  
Dr. v. Richter (Dt. Wp.) Finanzen,  
Dr. am Zehnhof (Z.) Justiz,  
Stegerwald (Z.) Wohlfahrt.

Die Annahme des Wohlfahrtsministeriums hat Stegerwald jedoch noch nicht erklärt.

### Eine Drohung Radeks an Polen.

In der Moskauer "Prawda" schreibt Radek zum Einfall der ukrainischen Petljura-Armeen in das Gebiet der Sowjet-Ukraine: „Niemand kann annehmen, daß dies ohne Wissen der polnischen Behörden geschehen könnte. Wir glauben gern, daß das polnische Außenministerium von den Vorbereitungen der Militärkreise nichts wußte und daß es darüber nicht sehr erfreut ist aus Besorgnis vor dem schlechten Eindruck, den diese ununterbrochenen Abenteuer im Auslande hervorrufen.“ „Wenn Piłsudski“, fährt Radek fort, „von seiner eigenen Regierung nicht gebändigt werden könnte, müßte Sowjetrußland der polnischen Regierung in entschiedener Weise erklären, daß Rußland selbst genötigt sein werde, diesen „zügellosen“ Abenteurer zur Vernunft zu bringen; dabei werde Sowjetrußland Piłsudski nicht den Gefallen erweisen, sich von seinen Provokationen reizen zu lassen und polnisches Gebiet zu betreten.“

Die Petersburger "Krasnaja Gaveta" spricht die Überzeugung aus, daß der Einfall der organisierten ukrainischen Armeen abgewehrt werden würde; die rote Armee würde die ukrainische Bevölkerung entwaffnen.

### Ein Vertrag zwischen Moskau und Amsterdam.

Die sowjetamericale Zentralhilfskommission hat den Vertrag bestätigt, der kürzlich in Berlin von den Vertretern der Sowjetregierung Kopp, Jonow und Bratman-Bodowski mit den Vertretern des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes Timmen und Graumann abgeschlossen worden ist. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erträgt in Rußland zum Zwecke der Hungerhilfe ihre Vertretung. Die Sowjetregierung gewährt deren Mitarbeitern die gleichen Rechte, wie sie die Mitarbeiter der amerikanischen Hilfsadministration, des deutschen Roten Kreuzes und der Nansen-Hilfe geniehen. Alle Güter der Gewerkschaftsinternationale in Sowjetrußland bilden ihr unantastbares Eigentum. Bereits soll die Vertretung in Übereinstimmung mit der sowjetamericale Hilfskommission arbeiten, und ihre Mitglieder haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten. — Der Gewerkschaftsbund hat für die Hilfsaktion bereits 10 Millionen Mark angewiesen; weitere 100 Millionen sollen bereitgestellt werden.

### Die Neuorientierung Deutschlands zum Osten.

Zurzeit machen sich die Wirkungen gewisser Vorgänge auf dem Gebiete der Weltpolitik auch im Auswärtigen Amt in Berlin geltend. Der bisherige Vetter der Abteilung Osteuropa, Ministerialdirektor Behrendt ist zurückgetreten und mit der Führung der Geschäfte der Abteilung ist der bisherige Referent für sowjetrussische Angelegenheiten, von Maltzahn, betraut worden. Dieser gehörte bis zur Übernahme des genannten Referats der deutschen Gesandtschaft im Haag unter dem bisherigen Außenminister Dr. Rosen an. Geheimrat v. Maltzahn hat alsbald nach Übernahme seines neuen Postens alle Referate der Abteilung Osteuropa, zu der Ruhland, die Randstaaten, Polen und Oberschlesien gehören, durch neue Männer beklebt, die ihm in ihrer politischen Überzeugung und nach ihren Fähigkeiten aus ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Haag genau bekannt sind. Wie man sagt, bedeutet dieser umfangreiche Personalwechsel einer der zurzeit wichtigsten Abteilungen des Reichsministeriums des Außenfern zugleich einen Wechsel des politischen Systems und der ganzen Einstellung auf die zurzeit schwelenden Ostprobleme. Herrn von Maltzahn hat man in der Zeit seiner Referententätigkeit in sowjetrussischen Fragen nachgerühmt, daß er die Zeit und ihre Erfordernisse durchaus verstehe und die Beziehungen zu Sowjetrußland in einer Weise auszustalten gewußt habe, die durchaus den hervorragenden Interessen Deutschlands in Sowjetrußland Rechnung trage. Wenn man sich vor Augen hält, welche grundlegenden Veränderungen in der allerletzten Zeit in der austroägyptischen Politik der Moskauer Regierung eingetreten sind, so wird man verstehen, daß es in letzter Hinsicht gleichgültig sein kann, in welcher Richtung dazu das Auswärtige Amt eingestellt ist. In der deutschen Differenz ist gerade in den letzten Tagen die Ankündigung viel besprochen worden, daß die sowjetrussische Regierung bereit sei, die Schulden an das Ausland aus zaristischer Zeit, besonders die französischen Milliardenanleihen, anzuerkennen. Mit Recht ist dabei gesagt worden, daß dies der Schlüssstein einer Entwicklung sei, die Sowjetrußland unter dem Druck der Verhältnisse systematisch in den Rahmen der Weltwirtschaft wieder einzugehen, und es braucht nicht besonders betont zu werden, daß auch Deutschland unter Anspannung all der ihm heute zur Verfügung stehenden Kräfte zusehen muß, in dem Wettbewerb der Völker um den sowjetrussischen Markt nicht ganz ins Hintertreffen zu geraten. Die Kommunisten vertreten immer wieder die Theorie, daß Deutschland und Rußland, wenn sie vereint zusammenstünden, der Welt das wirtschaftspolitische Gesetz vorschreiben könnten. In dieser Form läuft sich eine solche Ansicht natürlich nicht vollständig halten, wohl aber ist es unbestreitbar, daß Rußland und Deutschland mehr aufeinander angewiesen sind und größere Interessen gemeinsam haben, als etwa Rußland und England oder Rußland und Frankreich. Der Vorteil einer deutsch-russischen Zusammenarbeit, deren Aussichten mir gewiß nicht überschätzen wollen, liegt darin, daß in diesem Fall Rußland nicht nur der lebende Teil sein würde wie gegenüber England und Frankreich, und gerade aus diesem Gesichtswinkel heraus muß man das Revirement im Auswärtigen Amt lebhaft begrüßen.

### Russische Hoffnung auf Unterstützung.

Die Mitteilung, daß die Unterzeichnung der Note über die Anerkennung der alten Russlandschulden erst nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Moskauer Regierungskreise erfolgt ist, findet ihre Bestätigung in einem Artikel der amtlichen Petersburger "Prawda", die mit einiger Verzögerung nunmehr offen zugibt, daß die Regierung lange geschwankt habe, bevor sie die Note unterzeichnete. Unstreitig, so betont das Blatt, bringe die Sowjetregierung mit diesem Schritt gewaltige Opfer und sehe sich schweren Herzens zu Zugeständnissen veranlaßt; es sei zu hoffen, daß das Weltproletariat das Unvermögen Sowjetrußlands einzusehen werde, mit eigenen Kräften den Hunger und die wirtschaftliche Errichtung zu überwinden.

Aber doch noch! Das Reichsgericht hat gegen die wegen Beteiligung am Kapp-Putsch angeklagten v. Jagow, von Wangenheim und Schiele Termint für den 7. Dezember in Aussicht genommen.

## Der Korridor als Schieberloch.

In einer Antwort auf eine Anfrage im deutschen Reichstag wegen der häufigen Beschädigung von Gütern durch die Polen beim Transport über den Korridor heißt es u. a.:

"Zum Teile hat es sich übrigens, wie aus bestimmten Anlagen hervorgeht, in letzter Zeit auch vor dem beschleunigten Vertriebung von Gütern nach Polen durch die Versender gehandelt."

Hierzu bemerkt der "Borwärts":

Hiermit wird bestätigt, was eingeweihte schon lange wußten, daß zwischen Deutschland und Polen ein schwieriger und ganz offen betriebener Schieberhandel oder Schieberloch besteht, dem beizukommen, man noch kein radikal wirkendes Mittel gefunden hat. Die Sache ist höchst einfach. Güter, welche in Deutschland von den Polen zu hohen Preisen gekauft und — im Vergleich zur polnischen Wirkung — mit gutem deutschem Gelde bezahlt worden sind, werden von dem Importeur oder nicht singulierten Versender an eine oftmais gar nicht existierende Firma in Ostpreußen, meist in Königsberg, verladen. Gleichzeitig erhält der polnische Käufer mit Telegrammen die Nachricht von dem Abgang der Waren unter genauer Bezeichnung des Wagons. Soviel nun der Güterzug im Korridor ist, hängen die Polen die ihnen bezahlten Waggons ab, und die Verschiebung der Waren nach Polen ist erledigt — ohne Auszuhaben und Zollabgabe und ähnliche unangenehme Sachen.

Da Königsberg jeden natürlich die Waggons. Doch wird davon erst dann Aufheben gemacht, wenn der angebliche Empfänger oder der Absender der verschobenen Güter noch die Unverstorbendheit besitzt und Schadensersatzansprüche gegen die Eisenbahnverwaltung geltend macht, denen sich diese gar nicht entziehen kann. Gewöhnlich aber wird der Wagon weder von dem Empfänger noch von dem Absender reklamiert, und die Eisenbahn ist froh, von den Polen ihre leeren Waggons wiederzuerhalten.

Diesem immer mehr um sich greifenden Unwesen zu steuern, hat sich, wie gesagt, bis jetzt noch kein durchschlagendes Mittel gefunden. Jede Maßnahme, die zur Sicherung gegen solche Verschiebungen ergriffen wird, erschwert den Betrieb mit Ostpreußen und gibt zu keinen Anlaß. Das einfachste wäre ja, den ganzen Güterverkehr über See zu leiten. Gegen Schieberien der gebuchten Art würde dies ein absolut wirksames Mittel sein. Dies ist aber aus vielen Gründen nicht durchführbar. Doch wozu haben wir die Handelskammern und in Berlin einen sogenannten "ostpreußischen Gesandten"? Wäre es nicht möglich, die Frachtrechte der nach Ostpreußen gehenden Waren durch sie prüfen und beglaubigen zu lassen? — Um die hierdurch unvermeidlich werdende Erschwerung des Güterverkehrs nach dem Osten auf das geringste Maß zurückzuführen, ließe sich denken, daß diese Prüfung usw. bei bekannten holzreichen Firmen so einfach gestaltet wird, daß Verzögerungen ausgeschlossen bleiben. Wenn hierdurch den Schiebern das Handwerk auch noch nicht vollständig gelegt werden kann, wird es ihnen doch außerordentlich erschwert. Vor allem aber bleibt das Reich vor ungerechten Schadensersatzansprüchen bewahrt, deren Ertrag sich jene Beträger als Export profit in die Tasche stelen.

## Landarbeiterfragen auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Die Kommission für landwirtschaftliche Fragen hat der Internationalen Arbeitskonferenz die Annahme einer Empfehlung vorgeschlagen, durch welche die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation erachtet werden, Maßregeln zu ergreifen, die den landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes einzelnen Landes entsprechen und geeignet sind, der Arbeitslosigkeit der Land-

arbeiter vorzubeugen. Die Kommission empfiehlt nunmehr, die Verbarmachung unproduktiver Landarbeiter, die Erweiterung von Maßnahmen zur Sicherung der Kolonisation ist Parole selbst, die Erleichterung einer intensiveren Bebauung durch verbesserte Bildungsmethoden und die Erleichterung der Bildung von Landarbeitergenossenschaften zur Bebauung und zum Kauf von Landarbeiterien. Weiter beschloß sich die Internationale Arbeitskonferenz mit dem Prinzipienrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. Bei der Diskussion über einen von dem spanischen Arbeitgebervertreter Caballero eingebrachten Antrag, der jede gesetzliche Beschränkung der Rechte der Landarbeiter aufgehoben wissen sollte, nahm Bouhous (französ. Gewerksch.) in schärfster Form Stellung gegen den von der spanischen Regierung vertretenen Standpunkt, doch gewisse Ausnahmen von den Freiheiten und Rechten der Arbeiter gemacht werden müssen, wenn die öffentliche Ordnung bedroht sei. Der Antrag Caballero wurde schließlich abgelehnt, da die Konferenz nicht das Recht habe, in die innere Gesetzgebung einzelner Staaten einzutragen. Ein vom Präsidium eingebrachter Antrag, wonach sich jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet, den Landarbeitern dieselben Rechte auf Koalition und Vereinsbildung wie den sonstigen Arbeitern einzuräumen, wurde nach einigen Abstimmungen einstimmig dem Redaktionskomitee überreicht und kann somit als angenommen gelten.

Die Bleiwochik-Kommission der Internationalen Arbeitskonferenz beschloß, eine Untersuchung von medizinisch sachverständiger Seite über die Schädlichkeit des Bleiweiß, das Auftreten der Erkrankungen und deren Folgen, über den technischen Wert der Erfahrung und die wirtschaftlichen Folgen der Anwendung der Erfahrung anstellen zu lassen.

Die Kommission für Sonntagsruhe, der zwei Schweizer Delegierte angehören, bestellte einen Untersuchung, der darüber entscheiden soll, ob die Beschlüsse der Kommission in einem Konventions-Entwurf oder nur in einer Empfehlung zusammengefaßt werden sollen.

## Das große Sterben in Sowjetrußland.

Nach den neuesten Berechnungen der Sowjetpresse sind bereits 30 Millionen der Bevölkerung Sowjetrußlands von der Hungerkatastrophe unmittelbar ergriffen. Die "Krasnoja Gaveta" drängt auf schleunigen Abschluß der Auslandseileiden, da Menschenleben teurer seien als Gold. Auf dem in Moskau tagenden Kongress der Sanitätsabteilungen wurde die ungeheure Sterblichkeit in den Hungergebieten festgestellt: von den Kindern sterben fast 100 Prozent, vom Fleisch 80 Prozent. Die Flucht der Bevölkerung hält ununterbrochen an. Viele Bauerngehöfte sind völlig verlassen und werden zu Spottpreisen verkauft; der Durchschnittspreis für ein Gehöft mit Kornspeicher, Stall und Heuscheune beträgt 5 Rubel (= 82 Kilogramm) Getreide. Auch das Fleisch wird zu Schleuderpreisen auf den Markt gebracht, da das Futter für die Wintermonate fehlt. Der Moskauer "Pravda" zu folge sollen demnächst die Bestimmungen über die Hungerhilfe auf das Don-, Kuban- und Terek-Gebiet, die Krim, das Gouvernement Stowropol und einige Kreise des Gouvernementens Penza ausgedehnt werden, wodurch die bisherigen Meldungen über die Ausdehnung der Hungersnot auf diese Gebiete amtlich bestätigt werden.

Um die Lohnhöhungen. Gegenüber Mitteilungen darüber, daß zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Reichsregierung Verhandlungen im Gange seien zwecks Durchführung einer allgemeinen Lohnhöhung, ersahen die P. P. R., daß solche Verhandlungen zurzeit nicht geführt werden. Es soll vorläufig den einzelnen Gewerkschaften überlassen bleiben, selbst — ent-

steht treffen, wie bisher fast alle Tage, und im übrigen die Zeit über uns ergehen lassen."

"Ergehen lassen! Und du kannst und willst wirklich die Dinge so gehen lassen?"

"Warum nicht? Sind sie so wichtig? Es ist dennoch möglich, daß wir uns beschaffen, es ist möglich, auch nicht! Und die Welt wird doch beschaffen, wir vergessen und vielleicht von selbst, denn wir sind noch jung; und in seinem Fall scheint mir groß Aufzubauen zu machen!"

Diese Rede hielt die siebzehnjährige Schöne mit schelmischer Trockenheit und Kälte, indem sie die Mutter wieder ergriff und langlebig schrie. Karl fuhr neben ihr, voll Sorgen und Fürsorge, und nicht minder voll Angst über Hermannes Worte. Sie freute sich halb und halb, den Wildfang in Sorgen zu wissen, war aber doch auch nachdenklich über den Inhalt des Gesprächs und besonders über die vierwöchentliche Trennung, welche sie sich auferlegt hatte.

So gelang es ihm, sie endlich zu überraschen und sein Schiff mit einem Sprung an das Ufer zu drücken. Augenblicklich hielt er ihren schlanken Oberkörper in den Armen und zog ihre Brust zur Brust zu sich hinüber, so daß sie beide halb über dem kleinen Wasser schwammen, die Schuppen ganz fest lagen und jede Bewegung das völlige Umstürzen mit brachte. Die Jungfrau fühlte sich daher wehrlos und mußte es erlauben, daß Karl ihr sieben oder acht heftige Küsse auf die Lippen drückte. Daum richtete er sie somit ihrem Fahrzeug wieder laufend und sorglich in die Höhe; sie stieß die Flossen aus dem Wasser, ergriß die Mutter, atmerte hastig und rief mit Tränen in den Augen, zornig und drohend: "Mutter nur, du Eichengel, bis ich dich unter dem Paatosel habe! Du sollst es, weil Gott im Himmel verfügt, daß du eine Frau hast!" Damit fuhr sie, ohne sich weiter nach ihm umzusehen, mit raschen Schüttelungen nach ihres Vaters Grundstück und Schmiede. Karl dagegen, voll Triumph und Glückseligkeit, rief ihr nach: "Gute Nacht, Prinzessin Hermine Gräfin! Es geht mir gleichmäßig!"

Und gedacht du dem Ausdrucke deines Herrn Vaters dich so fröhlich und unbedarftheitlich zu führen, wie du dich anstellt?"

Karl schaute ab, als ob das erlaute Regenten von seinen Wänden tan und auch weniger sind, in ein freundliches Verhältnis zu ihm wogen; denn du weißt, daß er die Dinge lang nachträgt und eines tiefer um sich herumden Gedanken läßt. Du weißt auch, daß er schon seit fünf Jahren Witwer, mehrmals nicht wieder geheiratet hat; ich glaube, das kann eine Tochter immer befriedigend! Und weil wir einmal darüber, so mag ich dir auch sagen, daß ich es unter diesen Umständen für unfehlbar halte, und so oft zu sehen; es ist genug, wenn ein Kind irgendwie mit seinem Herzen nicht gehörkt: mit derselben Handlung möglich zu tun, was die Eltern nicht getan haben, wenn sie es wüssten, hat etwas Schäßiges, und datum würde ich, daß wir uns höchstens alle Moral einmal

sprechend der vertilgten Lebenshaltung — für Bohndauferungen Sorge zu tragen.

Zu den Mülltischen ausländischer Pressevertreter, daß die Arbeitgeber zu weiteren Lohnhöhungen bereit seien, falls sich die Arbeitnehmer zu Konzessionen in der Frage des Arbeitsschutzes beklagen, erfahren die P. P. R. weiter, daß von einer Preisgabe der im Betriebsabkommen festgelegten neuen sozialpolitischen Errungenchaften zugunsten eines besseren Sohnes jellens der Arbeitnehmerkraft überhaupt nicht die Nebe sein kann.

**Wirtschaftliche Schutzmaßnahmen Belgien.** Die "Journal de l'Industrie" veröffentlicht eine Korrespondenz aus Brüssel, in der darauf hingewiesen wird, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der belgischen Industrie stetig wachse. Die Krise sei besonders stark in der Schwerindustrie. Man empfände hauptsächlich die deutsche Konkurrenz. Die Regierung soll geneigt sein, Schutzzölle zu erlassen, um gegen die deutschen Waren vorzugehen. Die besonderen Maßnahmen würden erlassen werden gegen solche Artikel, die Belgien herstelle und die Deutschland leicht exportiere. Es wird besonders die Automobilindustrie genannt. Die französische Industrie könne sich freuen, wenn Belgien einen Schritt unternehme, der zu einem allgemeinen Zolltarif und einem Minimazolltarif führe. Dadurch würden die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien gefördert.

**Deutsche Spende für die Hungernden in Rußland.** Die deutsche Vertretung in Moskau hat anlässlich der sogenannten "Hungerwoche", während welcher Sammlungen bei sämtlichen Behörden Moskaus zugunsten der hungernden Bevölkerung veranstaltet wurden, dem Allrussischen Zentralrat 25 000 Mark für die hungernden überwiesen. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hat der Deutschen Regierung seinen lieben Dank für die Spende zum Ausdruck gebracht.

**Große Feuerschäden in Petersburg.** Nach einer Meldung der "Krasnoja Gaveta" ist die einzige russische Seefabrik "Got" in Petersburg das Opfer einer gewaltigen Feuersbrunst geworden; man vermutet Brandstiftung. Am gleichen Tage ist eine Naphtha-Raffinerie in Brand gestellt worden. Das Blatt fordert eine Verschärfung der Kontrolle über die Fabriken und Wirtschaft bei der Handhabung der bevorstehenden Amnestie. Auch in der Petersburger Akademie der Wissenschaften hat eine Feuersbrunst gewütet, worunter die Laboratorien beträchtlichen Schaden gesitten haben; es gesang, die Bibliothek der Akademie zu retten.

**Die bekannte "Verwertung".** Vor einer Sonderstrafkammer des Landgerichts Paderborn bogam ein Prozeß gegen den Direktor der Westfälischen Metallindustrie A.-G. in Lippstadt, G. Windmüller, und acht weitere Angeklagte wegen Kettenhandels, Wuchers, Schiebung, Betrug und gewerbsmäßiger Hohlerei. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. In Lippstadt befand sich eine große Artilleriewerkstatt, die nach dem Kriege in Reichswerke umgewandelt und auf Friedensarbeit umgestellt worden ist. Im Jahre 1919 betraute das Reichsverwertungsamt in Berlin den Kaufmann Stahl mit der Aufgabe, die in Lippstadt lagernden umfangreichen Heeresbestände: Fahrzeuge, Minenwerferpart und dergleichen auf Rechnung des Reiches abzuwickeln. Stahl ging dabei unter anderem mit der Westfälischen Metallindustrie A.-G. bzw. deren Direktor Windmüller und dem Kaufmann und Bankier Karl Sigtus aus Gladbeck Geschäfte ein und verkaufte an diese umfangreiche Ware aus den Heeresbeständen. Diese Geschäfte, bei denen sehr große Summen umgesetzt sein sollen, führten im Juli 1920 zu aufsehenerregenden Verhaftungen. Sehr endlich ist die Voruntersuchung so weit abgeschlossen, daß die Verhandlungen beginnen können.

**abwechselnd nannten. Dies war einfach ein Kreis von sieben alten bewährten Freunden, alle Handwerkmeister, Handelsfreunde, Erzpolitiker und strenge Haustyrannen nach dem alten Stilmeiste Hediger. Stilk für Stilk noch im vorigen Jahrhundert geboren, hatten sie als Kinder noch den Untergang der alten Welt gesehen und dann viele Jahre lang die Stürme und Geburtswehen der neuen Zeit erlebt, bis diese gegen das Ende des vierziger Jahre sich abschwärzte und die Schweiz wieder zu Kraft und Einigkeit führte. Einige von ihnen stammten aus den gemütlernen Herrschaften, dem ehemaligen Unteritalien und der Elbogenland, und sie erinnerten sich, wie sie als Bauernkinder am Wege hatten hinsitzen müssen, wenn eine Kutsche mit eidgebundenen Standesherrn und dem Weibel gefahren kam; andere standen in irgend einem Berwandschaftsgrade zu eingeführten oder hingerichteten Revolutionären, kurz, alle waren von einem unauslöschlichen Hass gegen alle Aristokratie erfüllt, welcher sich seit deren Untergang nur in einem stillen Hohn verwandelt hatte. Als dieselbe aber später nochmals austrat in demokratischem Gewande und, mit den alten Machtmitteln, den Priestern, verbunden, einen mehrjährigen Kampf aufzuwühle, da kam zu dem Aristokratenhass noch derzeitige gegen die "Faschisten" hinzu; ja nicht nur gegen Herren und Priester, sondern auch ihresgleichen, gegen ganze ausgeriegte Volksmassen mußte ihre kreisende Wut sich nun wenden, was ihnen auf ihre alten Tage eine unerwartete, zusammengezogene Kraftshaltung verursachte, die sie aber tapfer bestanden.**

Die sieben Männer waren nicht weniger als unbeträchtlich, in Volksversammlungen, Vereinigungen und dergleichen hielten sie einen festen Kern bildend, waren unermüdblich bei der Sache und Tag und Nacht bereit, für die Partei Hände und Geschäfte zu tun, welche man keinen bezahlten Leuten, sondern nur ganz Überflüssigen anvertrauen konnte. Ost wurden sie von den Parteihäuptern heralten und ins Gefecht gezogen, und wenn es ein Opfer galt, da waren die sieben Männer mit ihrem Scherlein zuerst bei der Hand. Für alles dies begehrten sie keinen andern Ehre als den Sieg ihrer Sache und ihr gutes Bewußtsein; nie bediente sich einer von ihnen vor oder streite nach einem Vorteil oder nach einem Amte, und ihre grösste Ehre sah sie darin, gelegentlich einem oder dem andern berühmten Edleren schnell die Hand zu drücken; aber es mußte schon ein rechter sein und „sanft, überwinternsinnig“, wie sie zu sagen pflegten. (Fortsetzung folgt.)

# Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 260

Montag, den 7. November 1921

12. Jahrgang

## Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Danzig

am 5. und 6. November 1921.

Im großen Saale des mit frischem Grün und leuchtendem Blumen festlich geschmückten alten Parteizirkus traten Sonnabend abend die Delegierten der Parteioorganisation zu einem außerordentlichen Parteitag zusammen. Als Vertreter der deutschen Bruderorganisationen erschienen. Moltkenbuhr erschien.

Gen. Focken hieß die Erschienenen im Namen des Kreis- und Landesvorstandes herzlich willkommen und begrüßte insbesondere den alten Partei-Veteranen Moltkenbuhr. Redner zitierte, dass die Delegierten zu wichtigen Beratungen gekommen sind. Wenn wir auch vom deutschen Mutterlande abgetrennt sind, so kann doch keine Macht der Welt das Band zerreißen, das uns mit unseren Arbeitskollegen im Reich verbindet. Mit großem Interesse verfolgten wir die Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darum ist ein Bericht vom Görlitzer Parteitag vorausgeschickt. Gen. Focken schließt mit dem Wunsche, dass die Arbeiten des außerordentlichen Parteitages der Partei zum Segen gereichen mögen.

Der Gesangverein "Sängergruß" erfreute die Erschienenen durch stimmlaute Vorträge der Lieder "Ich warte dein", "Zurm" und "Der Strom".

Genosse Focken eröffnet hierauf den Parteitag und gibt folgende Tagesordnung bekannt:

1. Bericht vom Görlitzer Parteitag. Ref.: Gen. H. Moltkenbuhr.
2. Das Görlitzer Programm. Ref. Gen. Dr. Zint.
3. Bericht der Volksstagsfraktion. Ref. Gen. Gehl.
4. Das Organisationsstatut. Ref. Gen. Focken.
5. Anträge.
6. Wahl des Landesvorstandes und der Pressekommission.

Gegen die Tagesordnung werden Einwendungen nicht erhoben. Der vorgelegten Geschäftsordnung wird gleichwohl zugestimmt.

Zur Leitung des Parteitages werden gewählt die Gen. Brill-Dhra und Mattheiu-Zoppot als Vorsitzende, die Genossen Bluhm-Danzig und Hartmann-Stablau und die Genossen Matlowski-Danzig als Schriftführer. In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert die Gen. Händel-Danzig, Nach-Landesvorstand, Gähler-Siegen.

Gen. Brill übernimmt den Vorsitz und erteilt dem Gen. Moltkenbuhr vom deutschen Parteivorstand das Wort zu einem

### Bericht über den Görlitzer Parteitag.

Gen. Moltkenbuhr überbringt die Grüße des Parteivorstandes. Es ist schwerlich, dass Danzig nicht mehr ein Stück der Deutschen Partei ist. Aber wir bleiben dennoch verbunden durch das Band der Internationale. Wir sind enger verbunden als andere Länder, weil wir auch innerlich verbunden sind. Es ist darum begreiflich, wenn Danziger Genossen den Verlauf des Görlitzer Parteitages aufmerksam verfolgen. In der Geschichte der Partei ist der Görlitzer Parteitag außerordentlich bedeutsam. Man bemerkte eine

Vorwärtsentwicklung und neuer Kampfesmut zeigte sich. In den letzten Jahren konnte man mit Besorgnis auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung blicken. Sie war gespalten und die Arbeiter bekämpften sich untereinander. Es wurde befürchtet, dass die Partei in Stücke ging. Jetzt ist die sozialdemokratische Partei in eine aufsteigende Kurve eingetreten, das ist auch in Görlitz stark in Erziehung gekommen. Der Bericht des Parteivorstandes weist 6734 Ortsvereine nach, das ist ein Mehr von 800 gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder ist auf 1221000 gestiegen, einer Zahl, wie sie die Partei zu keiner Zeit erreicht hat. Durch die Ortsvereinkassen sind 29 Millionen Mark gegangen. Das ist nach früheren Begriffen eine fabelhafte Summe. Eine Stärkung der Partei ist notwendig, wenn wir an die Verwirklichung unserer Ziele gehen wollen. Bei den letzten Wahlen im Reich trat ein Aufschwung der Partei klar zutage, nachdem bei der Reichstagswahl 1920 die Sozialdemokratie zum ersten Male seit ihrem Bestehen einen Stimmenüberschlag zu verzeichnen hatte. Schuld daran war der rücksichtlose Kampf der Unabhängigen. Bei den letzten Wahlen in Berlin hat unsere Partei an Stimmen zugenommen, aber die Beantanzahl der für die drei Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen ist zurückgegangen. Letzteres muss jeden ausrichtigen Sozialdemokraten mit Trauer erfüllen. Auch bei den Landtagswahlen konnte unsere Partei erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen. Die USPD hat mehr Stimmen verloren als die Kommunisten gewonnen haben, darauf ergibt sich, dass viele Arbeiter in das Lager der Nichtwähler gegangen sind.

Nach dem Sturm der Revolution hätte eine einzige sozialistische Arbeiterschaft eine

### Mehrheit in der Nationalversammlung

erreicht. Die Putsch im Januar und März 1919 sind mitschuldig daran, dass die Mehrheit nicht erreicht wurde. Als die USPD im Jahre 1920 in großer Zahl in den Reichstag einzog, wurde sie aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Die Unabhängigen lehnten die Aufforderung ab und verhinderten so die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung.

Die Sozialdemokratische Partei ist die stärkste Partei im Reich und auch in den meisten Ländern. Aber sie ist nicht so stark, um allein eine Regierung zu bilden. Es entsteht nun die Frage, soll die Partei aus der Regierung fortbleiben oder soll eine Koalitionsregierung mit anderen Parteien gebildet werden. Die Resolution des letzten Parteitages be-

ingte die Bewegungsfreiheit der Partei, weil dadurch die Möglichkeit einer Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei verhindert wurde. Infolge dieses Beschlusses entstanden in den Landtagen einzelner Länder Schwierigkeiten und wir mussten wichtige Machtpositionen aufgeben. Es hat sich gezeigt, dass es verkehrt ist, über die Zeit hinaus zu entscheiden. Der Görlitzer Parteitag hat deshalb den Kasseler Beschluss geändert. Für die Sozialdemokratie besteht jetzt die Möglichkeit, mit den Parteien eine Regierung zu bilden, die für die Erhaltung der Republik einzutreten. Nur auf dem Wege der republikanischen Staatsform können wir unser Ziel verwirklichen. Die Voraussetzungen zur Verwirklichung unserer Ziele sind gegeben, wenn wir über die Mehrheit verfügen. Wir müssen neben bürgerlichen Parteien an der Regierung teilnehmen, weil sonst eine rein bürgerliche Regierung gebildet wird.

### Idee Teilnahme an der Regierung bedeutet eine Machtposition.

wenn die Regierung die Gesetze vorlegt und ihre Durchführung überwacht. Was eine rein bürgerliche Regierung bedeutet, zeigt sich an Bayern und Ungarn. In Preußen hat sich jetzt eine Regierung gebildet, in der neben Sozialdemokraten auch Volkspartei-Menschen. Man muss die Volkspartei nicht als ein geschlossenes Ganzen ansiehen. Namhafte Führer dieser Partei haben erklärt, für die Erhaltung der Republik einzutreten. In der Volkspartei bestehen auch monarchistische Strömungen und eine Scheidung der Gruppen wäre für das politische Leben von grohem Nutzen. Der Bestand der Republik wird gefestigt, wenn auch das Bürgeramt für sie eintritt. In Frankreich sind die monarchistischen Strömungen machlos, weil weite Kreise des Bürgertums republikanisch gesinnt sind. Der Görlitzer Parteitag hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und mit 350 gegen 60 Stimmen die Resolution angenommen, die der Partei Bewegungsfreiheit gibt.

Neben den tatsächlichen Fragen beschäftigte sich der Görlitzer Parteitag mit der

### Schaffung eines Parteiprogramms.

Das Parteiprogramm ist wiederholt geändert worden. Das erste Arbeiterprogramm stammte von Erfurt, mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Das Erfurter Programm war damals noch gar nicht möglich, weil Deutschland zu damaliger Zeit ein Agrarstaat war. In Süddeutschland entstanden Arbeitervereine, die sich 1869 in Elsenach ein Programm gaben. 1873 vereinigten sich die Parteien und gaben sich auf dem Gothaer Gründungskongress ein einheitliches Programm. Marx hat das Programm verurteilt, trocken hat es sich unter dem Sozialistenrecht bewährt. 1891 wurde dann das Erfurter Programm geschaffen, das sich bis jetzt erhalten hat. Manche seiner Forderungen sind inzwischen verwirklicht worden. Was früher in nebstoster Ferne lag, ist heute

### Gegenstand praktischer Politik.

Wir brauchen nicht ein Agitations-, sondern ein Aktionsprogramm. In mehr als 1000 Gemeinden sind unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften. Für diese Arbeiten muss eine Richtschnur gegeben werden. Der Görlitzer Parteitag hat sich seiner Aufgabe erledigt und ein Programm geschaffen, das sich in der Welt sehen lassen kann. Genau so wie das Erfurter Programm von ausländischen Bruderparteien übernommen wurde, wird auch das Görlitzer Programm vom Ausland Nachahmung finden. Das Programm soll Nächster und Werkzeug im Kampf sein. Auch ich glaube an eine Weltrevolution, aber sie wird sich anders vollziehen, wie die meisten glauben. Revolution ist nicht da, wo Blut fließt. Gewalt ist ein Mittel der Reaktion. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist wirkliche Revolution. Kleine Dinge wirken oft revolutionär. Karl Marx pries die Einführung des 10-Stundentages in England als Sieg einer neuen Idee. Umwälzungen von gleicher Bedeutung vollziehen sich in Deutschland häufig ein Dutzend. Die Häufung scheinbar kleiner Verbesserungen kann in ihrer Gesamtwirkung eine große Revolution darstellen. Andere Länder werden unserem Beispiel folgen. Es ist falsch russische Vorbilder slawisch zu übertragen, man muss

an die Vergangenheit des eigenen Landes anknüpfen. Das Programm ist geschaffen, um auch den letzten Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen und die noch fernstehenden der Partei als neue Kämpfer auszuführen. Sobald wir die Mehrheit erreicht haben, können wir unsere Forderungen schneller verwirklichen. Eine: wisselnder Endkampf; wird es nicht geben, da die Entwicklung nicht stillsteht. Der Görlitzer Parteitag bedeutet einen Schritt vorwärts in der Gesamtentwicklung zum Segen des Proletariats. (Beschluss.)

Genosse Brill dankt dem Gen. Moltkenbuhr und betont, dass wir zwar von der deutschen Republik abgetrennt, aber trotzdem uns eng verbunden fühlen mit unseren deutschen Arbeitsbrüdern. Wir verfolgen mit Interesse die deutschen Kämpfe, weil sie zum Teil auch unsere Kämpfe sind. Wir werden die internationale Solidarität weiter leben und pflegen. Auf Vorschlag des Redners vertagt sich der Parteitag dann auf Sonntag morgen 9 Uhr.

Die Delegierten und zahlreiche Danziger Genossen und Genossinnen vereinigten sich zu einem zwanglosen Vereinigung. Die Arbeiterjugend bot einige der gern gesuchten Volksstätte. Gen. Müller erfreute durch den Vortrag der schwäbischen Volksweise "Ein Sohn des Volkes". Musikalische Darbietungen der Jugendlichen fanden dankbare Zuhörer. Der Vortragssklavist Emil Wehnhahn unterhielt die Anwesenden mit ernsten und heiteren Vorträgen auss. Beste, bis um 11 Uhr die Schiedsfeier schlug.

### Die Haupttagung.

Der Vorsitzende Gen. Brill eröffnet die Sitzung am Sonntag um 10 Uhr vormittags. Er teilt mit, dass als weiterer Gast der Genossen Zillau-Bromberg als Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Partei in Polen erschienen ist und begrüßt ihn als das herzlichste.

Genosse Zillau-Bromberg: Im Auftrage unseres Parteivorstandes überbringe ich die besten Grüße der deutschen Sozialdemokratie Polens. Wir verfolgen mit großem Interesse das Wirken der Danziger Partei und bringen insbesondere der heutigen Tagung großes Interesse entgegen. Wir haben bis vor kurzem mit Ihnen gemeinsam in einer Einheitspartei zusammengearbeitet. Von Genossen aus Danzig wurde der Samen des Sozialismus in unser Land von Deutschland losgerissen. Gebiet ausgelöscht. Uns ist die Aufgabe zugesessen, unter den schwierigsten Verhältnissen den Boden weiter zu bebauen. Wir hoffen auch fernherin auf die Mitarbeit und Unterstützung der Danziger Partei. Die wirtschaftliche Verbindung von Polen und Danzig wird die Beziehungen der sozialdemokratischen Parteien dieser Städte noch enger als bisher gestalten. Je erfolgreicher die Partei in Danzig wird, je stärker ihre Kampfesfront ist, je leichter wird uns die Arbeit. Wir wünschen, dass recht bald die Stunde kommt, die den Bruderkampf aus ihren Reihen verbannt. Die klassenbewussten Arbeiter in Polen werden sich in einer einheitlichen sozialistischen Kampfesfront zusammengefunden. Schwer ist der Kampf, den wir gegen die übermächtige polnische Reaktion zu führen haben. Durch restlose Arbeit hoffen wir, auch in Polen unserer Sache zum Siege zu verhelfen. (Lebh. Beifall.)

Genosse Brill dankt dem Redner für seine freundschaftlichen Grüße. Die Danziger Partei wird immer bereit sein, die Partei in Polen in ihrem schweren Kampf mit Rat und Tat zu unterstützen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erhält darauf Genosse Dr. Zint zu seinem Vortrage über

### Das Görlitzer Programm

das Wort. Seine instruktive gedenkenswerte Rede werden wir morgen ausführlich zum Abdruck bringen.

Gemäß dem vom Gen. Dr. Zint in seinem Vortrage gemachten Vorschlag wird die Einführung einer Programmkommision beschlossen. Diese soll unter Zugrundeliegung des theoretischen Teils und unter Anlehnung an den praktischen Teil des Görlitzer Programms ein Programm für die Sozialdemokratische Partei im Freistaat ausarbeiten und dem nächsten Parteitag unterbreiten. Diesen Vorschlag wird ohne Debatte zugestimmt. In die Programmkommission werden gewählt die Genossen Dr. Zint, Gehl, Dr. Bing, Brill, Focken und Grodnicki-Schöneberg.

Anschließend erstattet die

### Mandatsprüfungskommission

ihren Bericht. Nach diesem sind auf dem Parteitag als stimmberechtigt anwesend: der Ortsverein Danzig-Stadt mit 12, die Ortsvereine des Landgebietes mit 28, der Landesvorstand mit 6, die Pressekommision mit 4, die Kontrollkommision mit 8, die Volksstagsfraktion mit 3 Vertretern. Ferner je ein Vertreter der Redaktion und der Geschäftsleitung. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erstattet Genosse Gehl einen ausführlichen Bericht über

### Die Tätigkeit der Volksstagsfraktion

Auch diese Aussführungen haben mir zur eingehenden Wiedergabe für die morgige Ausgabe zurückgestellt.

Der Vorsitzende Gen. Brill eröffnet die Diskussion über die Tätigkeit der Volksstagsfraktion und gibt Kenntnis von folgender Entschließung:

Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Arbeit der Volksstagsfraktion und erkennt an, dass von ihr alles getan ist, was im Interesse der Danziger Bevölkerung, namentlich der minderbemittelten Kreise, gelegen hat.

Der Parteitag spricht deshalb der Volksstagsfraktion das Vertrauen aus und erwartet von allen Genossen, dass sie geschlossen hinter unseren Abgeordneten stehen.

Der Parteitag nimmt gleichzeitig mit Bedauern Kenntnis, dass die Arbeit der Volksstagsfraktion durch die Verspaltung der minderbemittelten Bevölkerung in drei Arbeiterparteien und die geschlossene Gegnerlichkeit des Bürgertums im Volksstage wenig fruchtbereich gestaltet werden konnte.

Der Parteitag hofft, dass die gemeinsame schwere Rot, in der sich die Arbeiterjugend, weite Kreise des Beamtenstums und des Mittelstandes gegenwärtig befindet, dazu beitragen wird, die Gegensätze unter den Arbeiterparteien zu beilegen und wenn die Fraktion es für zweckmäßig erachtet, eine Arbeitsgemeinschaft mit anderen sozialistischen Fraktionen im Volksstage zu bilden.

Vom Ortsverein Neutelch liegt folgender Antrag vor: Der Parteitag wählt eine 15gliedrige Kommission aus den Reihen der Delegierten, die die Bereitstellung der beiden Danziger sozialistischen Parteien (SPD und USPD) in die Wege leitet. Der Kommission darf kein Mitglied des Landesvorstandes angehören.

Gen. Lehmann-Heubude ist mit der Feststellung der Fraktion bei der Festlegung der Ausgleichszuschläge der Beamten nicht einverstanden. Der prozentuale Zuschlag bringt nur den höheren Gehältern größere Zugänge, während die niedrigeren Gehälter nur geringere Zuschläge erhalten. Der Antrag Neuteich ist abzulehnen, weil er als Zeichen von Schwäche gedeutet werden könnte.

Gen. Händel-Danzig rügt, daß es Schwierigkeiten macht, Volksabgeordnete als Versammlungsreferenten zu gewinnen, weil diese mit anderen Arbeiten überlastet sind. In Zukunft möge darin eine Veränderung eintreten. Der Antrag Neuteich ist abzulehnen, weil die U.S.P. über kurz oder lang doch zu uns kommt.

Gen. Blaube-Danzig steht dem Antrag Neuteich freundlich gegenüber, bittet ihn aber abzulehnen, da er der U.S.P. neuen Spaltungskostos liefern. Die U.S.P. und die R.P.D. sind schuld an der Wahllosigkeit der Arbeiterschaft.

Gen. Meier-Neuteich begründet den Antrag des Kreisvereins Neuteich. Da der U.S.P. bereits heute eine andere Tendenz als zur Zeit der Spaltung. Die Sozialdemokratie will als stärkste Partei noch einmal die Hand zur baldigen Vereinigung strecken. Redner bittet den Antrag anzunehmen.

Gen. Großbäck-Hübner wünschte, daß sich die Fraktion mehr mit Gemeindepolitik beschäftige. Er weiß aus die schwierige Lage vieler Gemeinden in bezug auf die Gewerbeleistungsfähigkeit hin. Redner sieht fest, daß auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion den finanziell schwachen Gemeinden Zuflüsse überwiesen werden. Die Fraktion möge sich für die Neuregelung der Kommunalzuschläge einsetzen, da durch den jetzigen Zustand die kleinen Handwerker auf dem Lande doppelt belastet werden. Eine Einigung der Arbeiterschaft wäre zu befürchten.

Gen. Blaube-Danzig: Die Vereinigung aller Kopf- und Handarbeiter war von jenseit Ziel unserer Partei. Trotzdem ist der Antrag Neuteich abzulehnen. Das trennende zwischen uns und U.S.P. ist zum großen Teil verschwunden. Wir können warten, bis die U.S.P. selbst den Antrag auf Vereinigung stellt.

Gen. Högl-Wadecoye wünschte, daß Gen. Geßl in einem Bericht die Steuerfrage eingehend behandelt. Bei den Einigungsberechnungen vor 2 Jahren war man das größte Hindernis der Einigung. Die Landtagswahl der Kommunisten und der Unabhängigen hat den Landarbeiter durch die Belästigung der Gewerbeleistung sehr geschädigt. Die Arbeitnehmer kommen jetzt zu uns zurück. Wir haben keine Veranlassung, den Forderungen der U.S.P. wieder zum Leben zu erwecken.

Gen. Großbäck-Günzwalde lehnt den Antrag Neuteich ab. Die U.S.P. ist gegen uns auf Lande radikal vor gegangen wie die deutschnationalen Rechtsparteien. Wenn jetzt eine Einigung zustande käme, würden viele Genossen in das unabhängige Wahlvotum getreten.

Gen. Högl-Wadecoye: Die Anschauungen haben sich im Laufe der letzten zwei Jahre geändert. Der Antrag Neuteich ist gut gemeint, aber die U.S.P. existiert nicht mehr. In Danzig besteht sie aus den unabhängigen Volksabgeordneten und dem Gewerbeverein. Die Bildung einer Arbeitergemeinschaft zwischen unserer Fraktion und den unabhängigen Abgeordneten wäre zu wünschen. Redner begrüßt den Völkiger Frieden über die Koalitionspolitik.

Gen. Högl-Wadecoye ist mit dem Bericht der Fraktion einverstanden. Der Antrag Neuteich ist abzulehnen, da die Einigung bereits einmal vollzogen und dann durch Man verhindern würde.

Gen. Dr. Blaube: Der Völkische Parteitag will seinen Schäden auch auf diesen Parteitag. Es hat sich die Erkenntnis ergeben, daß man nicht nur Opposition machen, sondern die Errungenschaften der Revolution mit aller Macht verteidigen muß. Die Zeit zur Vereinigung ist noch nicht gekommen. Die U.S.P. würde nicht beängstigungslos überstreiten, die Folge wären Verhandlungen und Kompromisse. Die Vertreter der U.S.P. im Volksstag sind unzufrieden und unzufrieden. Wir haben nichts gewonnen, wenn wir uns mit diesen Freuden vereinigen. Eine Arbeitsgemeinschaft würde keine Schwierigkeiten machen.

Gen. Blaube-Danzig: Die Fraktion hat ihre Schuldigkeit getan, hätte aber den Ansprüchen der Velen mit mehr Nachdruck entgegneten müssen. Auch in der Frage der Verfassungsänderung durch den Volksbund hätte die S.P.D. eine andere Einstellung eingenommen müssen. Der Volksbund hätte nicht das Recht, die Verfassung zu ändern. Es ist Aufgabe des Volkes, sich eine Verfassung zu geben. Die Volksabgeordneten müssen sich mehr zur Agitation zur Verfassung stellen.

Gen. Högl-Wadecoye-Danzig bedauert, daß die Frauendemokratie nicht als gesonderter Punkt auf der Tagesordnung steht. Auf dem nächsten Parteitag möge das fehlende nachgeholt werden. Redner verzerrt auf die Wichtigkeit der Frauendemokratie. Sie ist für die Jugendbewegung und Gewerkschaftsbewegung ein großer Bedeutung.

Gen. Matzner-Danzig erkennt an, daß die Fraktion ihr möglichstes getan hat. Bedauerlich ist, daß durch die Doppelmandate viele Abgeordnete in der Agitation behindert sind. Redner verlangt, daß Abgeordnete keine öffentlichen Geschäfte machen, damit nicht Gelegenheit zu Anstempelungen gegeben wird. Der Antrag Neuteich ehrt die Antragsteller. Auf diese

Weise kann jedoch keine Einigung erzielt werden. Sie muß schriftliche von unten herauf erfolgen. Redner bittet die Antragsteller, den Antrag zurückzunehmen.

Gen. Weber: Der Antrag Neuteich ist zur Durchführung nicht geeignet. Solange die U.S.P. noch das Leipziger Aktionprogramm mit der Forderung der Diktatur anerkennt ist, eine Einigung nicht möglich. Redner empfiehlt die Annahme einer von ihm eingebrachten Resolution, in der der Einigungswille der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht ist.

Ein Antrag des Gen. Schmidt-Danislaw auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Bäuerle-Soppot: Die Volksabgeordneten hat geleistet was sie leisten konnte. Ihre Tätigkeit wird selbst von deutschen Parteikräften anerkannt. Der Ausgleichszuschlag der Beamten hätte jedoch nicht in der beschlossenen Form festgelegt werden dürfen. Er hätte für die unteren und mittleren Beamten höher sein müssen. Eine Einigung muß von unten herauf kommen. Die Neuteicher mögen ihren Antrag zurückziehen, da seine Ablehnung den Anhängern erweichen könnte, daß die Sozialdemokratie die Einigung nicht wolle.

Gen. Wieschowitsch-Götzenau schlägt vor, wie die Bevölkerung auf dem Lande für sich zu gewinnen suchen. Besonders wendet man sich an die Frauen und veranlaßt Zusammenkünfte bei Kasse und Bücherei. Die männliche Bevölkerung versucht man für die Kriegervereine zu gewinnen. Sogar Vertrauen-männer der R.P.D. und Mitglieder des Kriegervereins. Im Kreisring Großer Werder führen neben unseren 8 Genossen 7 Unabhängige und Kommunisten. Von letzteren haben bereits 8 ihr Amt niedergelegt, weil die Tätigkeiten nicht hoch genug waren. Alle Verbesserungsanträge im Kreisring sind von unseren Genossen gestellt worden. Durch die Tätigkeit unserer Genossen in den Dorfparlamenten ist für die Arbeiterschaft viel herausgeholt worden.

Gen. Dr. Blaube-Danzig bittet, die Resolution Weber abzulehnen, da in der Entschließung zu der Tätigkeit des Volksstages alles gesagt ist.

Gen. Meier-Neuteich bedauert, daß der Antrag Neuteich so wenig Anklang gefunden hat. Wenn keine Einigung erreicht wird, ziehen wieder drei Arbeiterparteien in den nächsten Wahlkampf. Gen. Bäuerle zieht hieraus den Antrag zurück.

Gen. Geßl gibt in seinem

#### Schlusssatz

der Freunde Ausdruck über die rege und sachliche Tätigkeit. Bei der Beratung der Ausgleichszuschläge für die Beamten hat die sozialdemokratische Fraktion die deutsche Säye gefordert, die ja auch von den Blockparteien für die nichtplanmäßigen Beamten verlangt wurden. Die Schaffung einer einheitlichen Ortskasse für das ganze Kreisamtgebiet ist auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen. Es ist das ein Beweis, daß unsere Partei nicht kommunistisch ist. Der Vorwurf, daß Abgeordnete unserer Fraktion unreelle Gedanken gemacht haben, ist als Verleumdung schwer zurückgewiesen worden. Durch die Tätigkeit dieser Genossen ist der Kortoffeldring gesprengt worden und eine Senkung des Kortoffeldpreises verhindert worden. Die Volksabgeordneten ist jetzt bereit, sich der ländlichen Gemeinden anzunehmen und nimmt Anregungen dankbar entgegen. Wenn wir uns etablieren sollen, muß auch auf der Gegenseite der Willen zur Einigung vorhanden sein. Redner bittet, etwaige Maßnahmen dem Landesvorstand und der Volksabgeordneten zu überlassen.

Gen. Weber zieht darauf seine Entschließung zurück. Die Resolution über die Tätigkeit der Volksabgeordneten wird dann einstimmig angenommen. Dieser Punkt der Tagesordnung war damit erledigt.

Es wird als dann beschlossen, auf den demnächst stattfindenden Kreisvertreterversammlungen die Steuerfrage eingehend zu behandeln.

(Der Schluss des Berichts folgt in der Dienstag-Nummer unserer Zeitung.)

### Ein außerordentlicher Bundestag der freien Gewerkschaften Westpolens

sond am 21. und 22. Oktober in Bromberg statt. Außer dem Bundesvorstand, einer anschaulichen Anzahl Vertreter der einzelnen Filialen waren u. a. erkrankte Vertreter des Ministeriums Polen, der Zentralkommission der Berufsverbände Polen und der Brudervereinigung der Klassenverbände Polen. Entschuldigt fehlten der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, da die Zeit zur Erlangung der Gütezeugnissmehrung zu kurz war, ebenso der Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig.

Aus dem in gedrängter Form gegebenen Bericht des Vorstandes und Stellvertreters ging zur Kenntnis hervor, daß sich die freien Gewerkschaften trotz erster Gründungsversuche seitens der Polnischen Berufsvereinigung und ihrer daraus folgenden Emigration dennoch weiter vorwärts entwickelt haben. Die Kritik an den Vorstandberichten bewegte sich im Rahmen ruhiger Sachlichkeit und im Sinne, der zu Gute zu dienen. Der Kassenbericht bewies trotz der hohen Be-

lastung an Streitkosten, die sich auf viele Hunderttausende bezifferten, trotz der vielen Arbeitslosen, Umfang und anderer Unterstützungen einen erfreulichen Fortschritt, so dass etwaige bevorstehenden größeren Kämpfen ruhig entgegen gesehen werden kann. Zum Pressebericht wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Bundesorgane, den "Wienawozice" unbedingt an erhalten und weiter auszubauen, eventuell noch ein besonderes deutschsprachiges Blatt herauszugeben. Die Presse sei das heile Blindeglied zwischen Vorstand und Mitgliedern.

Die Frage der Wohnbewegung wurde vom Bundesvorstand Matzner wohl behandelt. In der sich anschließenden lebhaften und interessanten Diskussion sprachen sich einmütig sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, daß man sich in diesen abnormalen Zeiten nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen kann. Vorstieg gegenüber dem von den Arbeitgebern beanspruchten allgemeinen Tarif für das ehemals preußische Gebiet sei am Platze. Dem Vorstand wurde in dieser Hinsicht jede Vollmacht zu weiteren Entscheidungen erteilt, was nur zu billig ist, da es nötig wäre, sich irgendwie festzulegen, solange nicht diesbezügliche Vorelagen der Arbeitgeber vorhanden sind.

Nach dem Referat des Genossen Topolski, Polen, über den Antrag auf den Acht-Stunden-Tag kam ein einheitlicher Protest zum Ausdruck. Sämtliche Delegierten erklärten namens ihrer Organisationen, zu jeder Zeit bereit zu sein, den Plan des Finanzministers Matzner zwecks Besteigung des Acht-Stunden-Tages zu unterstützen und notfalls zum Teutsch abgesetzte Resolution sand einstimmig angenommen.

Die Verschmelzung s. und Zentralisation s. fragt nahm die größte Zeit in Anspruch. Der Referent Gen. Matzner wußt, Polen, brachte ein sehr reichhaltiges Material vor. Wenn man auch hier grundsätzlich auf dem Boden der Zentralisation stehen, so sei die Zeit zu ihrer praktischen Durchführung noch nicht gekommen, solange das politische Verhältnis innerhalb der Gewerkschaften Kongresspolens besteht. Außer den Vertretern der Zentralkommission, die sich für die baldmöglichste Zentralisation aussprachen, erklärten sich alle übrigen Redner im Sinne des Referenten.

Das Referat des Genossen Bittau über die Stadtverordnetenwahlen wurde sehr sachgemäß und wortungsvoll behandelt. Eine Resolution, bei den Wahlaktionen gemeinsam mit den sozialistischen Parteien vorzugehen, wurde angenommen.

Mit den Beschlüssen betr. der Statutenänderung können Bundesvorstand und Gewerkschaften zufrieden sein, da sie nur zur weiteren Stärkung der Kasse und zur erfolgreichen Führung des Komplexes für das Wohl der Arbeiterschaft eignen sind. Dem Bundesvorstand ist auch weiterhin die Vollmacht zur weiteren Erhöhung der Beiträge ohne Urabstimmung erteilt worden.

In Abetracht des Raummanagements ist es uns nicht möglich alle Beschlüsse sowie die vielen interessanten Ausführungen und Vorschläge wiederzugeben.

Der Bundesvorsitzende Matzner gab am Schlusse der Verhandlungen, die sich bis spät nach acht Uhr abends des zweiten Verhandlungstages hinzogen, eine Zusammenfassung über die erfolgten Verhandlungen. Er stellte fest, daß wiederum reichhaltige Arbeit für das Wohl des Proletariats geleistet und daß man dem Endziel bedeutend näher gekommen sei.

### Aus aller Welt.

Der größte Leuchtturm der Welt. Die französische Regierung, die dabei ist, in der Nähe von Le Bourget einen Leuchtturm anzulegen, der der größte Europas zu werden verspricht, wird für ihren internationalen Flugdienst auch den größten Leuchtturm der Welt besitzen. Er soll dem Luftverkehr von Paris mit Italien, Algerien und dem Süden überhaupt dienen. Sein Leuchtschein hat eine Reichweite von nicht weniger als einer Million Meter und er versorgt über acht Linsen, die den Schein über eine Strecke von 320 Kilometer entsenden. Der Leuchtturm wird seinen Platz auf dem Gipfel des Mont Afrique erhalten, der sich in einer Höhe von rund 500 Meter, circa 12 Kilometer von Dijon entfernt, erhebt.

Eine Bekleidung von Angehörigen der Reichswehr wurde dem bekannten Berliner Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski in einer Anklage zur Last gelegt. Es handelt sich um einen von dem Angeklagten verfeindeten Artikel "Offiziere", der in der "Freiheit" veröffentlicht worden war. Der Angeklagte behauptete, daß die scharfen Angriffe in dem Artikel nicht dazu bestimmt gewesen seien, Offiziere der Reichswehr zu beleidigen, sondern nur den Geist, der das frühere Offizierskorps beherrschte, an den Pranger zu stellen. Der Staatsanwalt beantragte 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da es nicht zu prüfen hatte, ob in dem Artikel überhaupt Bekleidungen enthalten sind, sondern lediglich zu prüfen, ob im Rahmen des Strafantrages Offiziere „in bezug auf ihren Beruf“ beleidigt sind. Dies hat das Gericht verneint.

**Halpaus**  
QUALITÄT  
UNERREICHT  
DIE NEUE DICKE ZIGARETTE  
ohne Mundstück 20 Pfg.  
mit Goldmundstück 25 Pfg.

HALPAUS ATELIER NSI



# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Scheer.  
Montag, den 7. November, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten E 1.

## Lady Windermere's Fächer

Stück in vier Akten von Oscar Wilde.  
Spielstätte: Heinz Bredt. Inspektion: Emil Werner  
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.  
Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarte A 2. „Die  
Königskinder.“ Märchenoper.  
Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarte B 2. „Das  
Nachtlager von Granada.“ Romantische Oper.  
Heraus: Tanzbilder.  
Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarte C 2.  
Grimmiges Prellse. „Die Hermannsfleder.“  
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarte D 2. „Ranon,  
die Wirtin vom goldenen Lam.“ Operette.  
Sonnenabend, abends 7 Uhr: Grimmiges Prellse. Ein  
maliges Haftspiel Prof. Ferdinand Gregor,  
Berlin. „Nathan der Weise.“ Ein dramatisches  
Gedicht von G. E. Lessing. Nathan: Prof.  
Gregor als Gast.  
Samstag, vormittags 11 Uhr: Achte (literarische)  
Morgenstier. Prof. Gregor: „Der fröhliche  
Goethe.“  
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine  
Gültigkeit. Neu einstudiert: „Trolland“. Musik-  
drama in 3 Akten von Eugen d'Albert.

## Wilhelm-Theater

Verbund mit dem Stadttheater Zappel. Dir. Otto Normann

Heute, Montag, den 7. November,

abends 7 Uhr

Kassenöffnung 6 Uhr.

## „Die Tanzgräfin“

Operette in 3 Akten. Musik von Rob. Stoltz.

Morgen, Dienstag, d. 8. November,

abends 8 Uhr

Kassenöffnung 7 Uhr.

## Stieberitz-Konzert

Vorverkauf im Spenderhaus Gehr. Freymann, Kuhlestrasse 10 ab 4 Uhr möglich und bis gegen 10 bis 12 Uhr  
in der Theaterkasse 15510

## „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Richard Scheer

Junkergasse 1a, an der Markthalle.

Verkauf von

## Weinen und Spirituosen

zu Originalpreisen der

Kalhornischen Weinhandlung

## Pa. ostpr. Preßtorf

höchste Heizkraft

Trockenes, gesundes und ofenfertiges  
Brennholz liefern ab Lager  
und frei Haus.

Eintragungen in die Kundensliste zur Belieferung mit

Kohlenetc. erfolgen im Kontor

Paggergäßchen 35 und Schuppen Kartenwallplatz.

Klingbell & Co.,

Kohlenhandlung. (5235)

Philippe Scheidemann

## Der Über-Ludendorff

ein neuer verdeckter Betrug zur  
Doldenflottelegende

Preis 80 Pfennig

zu bestellen durch:

Buchhandlung Volkswacht

Am Spenderhaus 6 u. Paradiesg. 32.

## Reichshof-Palast

im Hotel Reichshof.

Danzigs vornehmstes Weinhaus u. eleganste Bar.  
Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen.

**Victor Ritter**

der populäre Berliner Humorist

## „Ein Abend im Reichshof-Palast“

Humorvolles Operetta-Quartett mit

Ritter + Pollinger + Herold + Karnbach

Tamara Kaminski in ihren Tanzschöpfungen.

Ab 7½ Uhr: SOUPERS und à la carte.

Ballmusik: Palast-Orchester Wenz.

**Billig und doch gut**

kaufen Sie moderne fertige

## Herren-Bekleidung

sowie zulässige Maßanfertigung

b. J. Czerninski

Danzig, Altstadt. Graben 96 97

Eingang Kleine Mühlengasse

## Volkfürsorge

bewirtschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-

Aktiengesellschaft

— Siedehasse. —

Alte Polizeiverfall.

Günzline Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Aus kunst in den Unterricht  
der Arbeiterorganisationen  
und von der

Fröschengesellschaft 16 Dresig

Bruno Schmidt,  
Wattenbuden 35.

um die schen

Das Schenkgut

der

Sezialsiedlerei

von K. Lohmann

Ein prakt. Handbuch für

Eltern, Lehrer und Eltern-

er, in dem nicht nur die

Erziehungsregeln der

Siedlerei erläutert sind,  
sondern auch die niedrige

Möglichkeiten zur Erreichung

des Ziels dargelegt

Preis Mark 4,50

Buchhandlung

„Volkswacht“

Am Spenderhaus 6 und

Paradiesg. 32.

Reiter, Schuppen  
oder Remise

zu mieten genügt.

Ruhe-

Schihangasse, Schüssi-

baum oder Tischergasse

Öfferten am. V. 389 an die

Erprobung dieser Zeitung

Genossen, Leser und

Gesinnungsfreunde

Geschäfte,

die nicht in

Eurer Zeitung in-

terieren, verzichten auf

Eure Kundenschaft!

Be-

rücksichtigt daher bei

Euren Einkäufen

nur die

Interessen der

Danzer Seidenfabrik.

Umfangreiche Einkäufe noch rechtzeitig vor dem Eintritt  
der jetzigen Teuerung setzen uns in den Stand, unserer  
Kundschaft durch unser heutiges Angebot

## ganz bedeutende Vorteile

beim Einkauf von

## Seifen und Parfüms

zu gewähren.

## TOILETTE-SEIFEN

Blumenseife, in allen Gerüchen sortiert . Stück 2.25

Lanolinseife, äußerst preiswert . . . . . Stück 3.50

Mandelseife, sehr mild . . . . . Stück 3.75

H. Blumenseife, 3 Stück im Karton 11.50, Stück 3.90

Luxus-Edelseife von Boehm . . . . . Stück 4.75

Badesoße, extra große Stücke . . . . . 7.50, 6.50, 5.50

„4711“ Kölnisch-Wasser-Seife „4711“ Stück 9.00

„4711“ Luxus-Seife „4711“, Nelke, Flieder,

Heliotrop, Maiglöckchen, Veilchen . . . . . Stück 12.00

Lohses Lilienmilchseife . . . . . Stück 12.00

## Wirtschaftsseifen

Prima Kernseife . . . Doppelstück 5.40, 5.25, 4.50

Haushaltseife, weiße, . . . . . 1/2-Pfund-Stücke 7.00

## Rasierseifen

viereckige Stücke, stark schäumend . Stück 2.25, 1.50

englische, in Stangen . . . . . Stück 4.50

la von G. Lohse . . . . . Stück 15.00, 8.00

Kaloderma, in Stangen . . . . . 10.00

## PARFÜMS

Probeparfüms, anhaltende Gerüche, Fl. 7.50, 5.00, 4.00

Parfüm im Karton, alle Gerüche, Fl. 13.75, 11.50, 8.75

Parfüm im Holztürmchen . . . . . Fl. 11.75

Kölnisch Wasser, „Zur Stadt Rom“, Fl. 50.00, 25.00, 14.50

Zimmer-Parfüm „Tannenduft“ . . . Flasche 29.50, 14.50

Parfüm „Turf“ im Karton . . . . . Flasche 25.00, 15.00

Haarwasser „Antisepton“ . . . . . Flasche 23.00, 12.50

Birkenwasser von Dralle . . . . . Flasche 30.00, 17.50

Vitaline von Gustav Lohse . . . . . Flasche 19.50

Flüssige Teerselze, d. Beste z. Kopfwäsche, Fl. 11.50, 8.75

Haarfärbe „Neril“ von Dralle, in allen Farben . 15.00

## MUND- und ZAHNPFLEGE

Chlorodont-Zahnpaste, in Tuben . . . . . 3.80, 2.25

Kaliklora-Zahnpaste, in Tuben . . . . . 4.80, 3.00

Zahnseife von Bergmann . . . . . 8.75, 6.50

Mundwasser „4711“ . . . . . Flasche 12.00

Mundwasser Gustav Lohse . . . . . Flasche 18.00

Flüssige Zahnselze „Sapodont“ von Dralle, Fl. 12.00

Haarschmuck, Frisierkämme in reicher Auswahl!

## Danziper Seifenhaus

Junkergasse 10-11, Ecke Breitgasse

Fernsprecher 3432

(5512)

Heft 4 der

## Danziper Glossen

ist soeben erschienen!

Buchhandlung Volkswacht

## Bahn-Krauke

werden sofort behandelt. Neue

Gebisse, Reparaturen in einem

Tage. Spezialität: Gebisse ohne

Platte. Gold-Kronen usw. unter